





Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

17.11.03

Gemeindefinanzen dürfen nicht zum Spielball werden

„Das war kein guter Tag für die kommunalen Finanzen im Bundesrat.“ So kommentiert der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann die Entscheidung der Bundesratsmehrheit, die vorgelegte Gemeindefinanzreform abzulehnen. Nach dem sich auch die Bundesregierung erst „eher zögerlich“ für die Kommunal Finanzen eingesetzt hat, sieht der Abgeordnete spätestens mit dem von den Koalitionsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten kommunalfreundlichen Modell für die zukünftige Ordnung der Gemeindefinanzen einen wichtigen Schritt nach vorn getan. Rossmann: „Es ist bedauerlich, dass sich die Mehrheit der CDU-regierten Länder im Bundesrat diesem Vorschlag, der auch von den kommunalen Spitzenverbänden als deutlicher Fortschritt angesehen worden ist, nicht anschließen konnte.“

Immerhin sollen die Entlastungen für die Kommunen in Deutschland auf drei Milliarden Euro wachsen. Hinzu

kommen sollen Entlastungen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit einem Betrag von 2,5 Milliarden. Rossmann: „Außerdem beinhaltet der vorgelegte Gesetzentwurf aus dem Bundestag nicht nur eine Entlastung, sondern auch eine Verstärkung der kommunalen Finanzen. Auch hierfür haben sich die kommunalen Spitzenverbände in der Vergangenheit immer aus guten Gründen stark gemacht.“ Mit den vorgelegten Gesetzen soll dafür gesorgt werden, so der Abgeordnete, dass die Gewerbesteuer als einzige originäre Kommunalsteuer von der Substanz her erhalten bleibt. Die SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen dabei erreichen, dass in Zukunft Umgehungsstrategien der Großunternehmen entgegen gewirkt wird, in dem auch die Einbeziehung von ertragsunabhängigen Elementen von verbundenen Unternehmen voll in die Bemessungsgrundlage einfließen soll. Rossmann: „Das Minimieren von Gewerbesteuer in verschachtelte Unternehmen muss endlich aufhören.“

Außerdem soll die von den Kommunen aus ihren Gewerbesteueraufkommen an Bund und Länder zu zahlende Umlage von knapp 29 auf 20 Prozent gesenkt werden. Das allein soll nach den Schätzungen der kommunalen Spitzenverbände und der Bundesregierung jährlich 2,3 Millionen Euro für die Kommunen bringen. Eine weitere Verstärkung der kommunalen Einnahmen soll durch die Einbeziehung von Selbständigen in die Gewerbesteuer geschehen, wobei die Verrechnungsmöglichkeiten mit der Einkommensteuer in der Regel bei kleinen und mittleren Einkommen nicht zu einer höheren Steuerbelastung führen sollen. Rossmann: „Dafür bekommen die Kommunen hier eine größere Stabilität in ihren Gewerbesteuereinnahmen, die

für die Haushaltsplanung und die Stetigkeit der Leistungen von Bedeutung ist.“ Der Abgeordnete fordert jetzt eindringlich die Kommunalpolitiker aller Fraktionen auf, jeweils in ihren Parteien dafür zu werben, dass es am Ende grünes Licht für die Kommunalfinanzreform auch im Bundesrat gibt. Rossmann: „Wenn es für die Kommunen in Deutschland jetzt wirklich etwas bringen soll, dann müssen alle Elemente der Kommunalfinanzreform am Ende auch Bestand haben.“